

um eine auf Japan ausgerichtete Theologie und eine Art kirchliches Nationalbewußtsein, obwohl man schlechte Erfahrungen in dieser Hinsicht während des Zweiten Weltkrieges nach der Gründung der „Vereinigten Kirche Christi“ (Kyodan) machte. Die von K. Kitamori begründete „Theologie vom Schmerze Gottes“ soll eine neue Interpretation des Kreuzes Christi darstellen: „Die Betonung des Prius der Versöhnungsordnung ist ihm erste Eigentümlichkeit“ (Ogawa, a. a. O., S. 110). Vielleicht gelingt ihr dadurch der Durchbruch auch in die unteren und mittleren Schichten, denn bis heute ist die evangelische Kirche Japans — ähnlich wie die katholische — fast nur auf die Intellektuellen in der Stadt beschränkt, während sie auf dem Lande kaum Fuß fassen konnte. Zwar wurden die *Sozialgesetzgebung und die Gewerkschaftsgründungen sowie die Betreuung der Armen und Kranken größtenteils durch christliche Institutionen vorangetrieben*, zur kirchlichen Verankerung in den unmittelbar betroffenen Schichten kam es jedoch selten. So ergibt sich das seltene Bild, daß z. B. 53% der Katholiken ein Universitätsdiplom besitzen (trotz der negativen Einstellung der heutigen Studentenschaft zu allen Religionen). Sicherlich ist dieser Anteil erfreulich, doch bleibt die Frage, ob dadurch nicht wieder ein Exklusiv-Dasein der Katholiken gefördert wird. Die enormen Anstrengungen im Bildungswesen kommen viel stärker der Oberschicht zugute. Der breite Fächer christlich-sozialer Einrichtungen erstreckt sich zwar über alle Teile der Bevölkerung, doch erscheinen sie dabei einerseits als reine Fürsorgeorganisation und andererseits als Elitegruppierung, die jedoch mit dem Beigeschmack des Fremden behaftet ist.

Die Frage, wie es kommt, daß bis heute nur 0,3% der Bevölkerung Katholiken und 0,2% Protestanten sind, wird immer wieder gestellt. Neben den schon genannten Gründen muß man noch einmal auf die intellektuelle Ablehnung, auf die Gleichsetzung der Kirche mit dem Westen

und die Allergie gegen die nach japanischer Auffassung im Westen übliche ausbeuterische Spielart des „Kapitalismus“ hinweisen (vgl. dazu den sehr informativen Artikel „Warum so wenig Christen in Japan?“ in den „Katholischen Missionen“, Heft 1/1969). Zwar hat man mittlerweile alle Konzilstexte übersetzt und verbreitet, doch bedarf es intensiver Gespräche und völlig neuer Seelsorgemethoden, um damit durchzudringen. Kleine Laiengruppen wirken in Japan erfolgreicher als Geistliche, die mit ihrem Entschluß zum Priesterberuf gleichzeitig einen sozialen Abstieg auf sich nehmen. Freundeskreise und rein informelle Stellen dürften voraussichtlich mehr Erfolg haben. Die vermeintliche Naturfeindlichkeit des Christentums wirkt ebenso als Sperre wie das zu dogmatische Gepräge. Prozentual ist in den vergangenen Jahren kein Anstieg der Konversionen zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Katholiken betrug im Juni 1969 348 422. Das Anwachsen der Konversionen stand im umgekehrten Verhältnis zu dem ansteigenden Einsatz von Missionaren, d. h. immer mehr Missionare, aber weniger Konversionen. Noch sind die ausländischen Priester zahlreicher, wobei nicht zuletzt der Zölibat eine wichtige Rolle spielt, der dem japanischen Wesen fremd ist.

Durch Hinwendung zu den sozialen Unterschichten, die gerade in dem Wirtschaftswunderland Japan noch sehr stark vertreten sind, und durch eine Art mahnendes Gewissen — etwa wie in der Erklärung der japanischen Bischofskonferenz zum Weltfrieden (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 189) — könnte die Kirche in Japan in Zukunft eine größere Bedeutung erlangen. Ob sie nun mehr als 5000 bis 6000 Taufen pro Jahr — wie jetzt — zu verzeichnen hat oder nicht, sollte nicht von so großer Bedeutung sein. Vielmehr ist ihr daran gelegen, durch ihre Anwesenheit, durch ihre Hilfe und ihre Äußerungen ihren Beitrag zu einer menschlichen Gesellschaft inmitten des asiatischen Entscheidungsfeldes zu leisten.

## *Zur neuesten Entwicklung der kirchlichen Situation in der ČSSR*

Die allgemeine kirchliche Situation ist in diesem Land gekennzeichnet von einer alles *umfassenden Unsicherheit* und von dem Bewußtsein, sich wieder schutzlos neuen Behinderungen und Unterdrückungsmaßnahmen ausgeliefert zu wissen. Dabei kann aber keineswegs von einer lähmenden und furchtsamen Stimmung die Rede sein; äußerlich sieht man gelassen der nahen Zukunft entgegen, innerlich herrscht eher eine trotz allem hoffnungsvolle Überzeugung vor, *auch eine bevorstehende Verschärfung der Lage überstehen zu können*. Nirgendwo äußert sich in Gesprächen Mutlosigkeit und Resignation. Behinderungsmaßnahmen werden mit einer Ruhe beantwortet, die dem Beobachter bisweilen unverständlich erscheint. Diese vorherrschende Grundstimmung einer stillen, aber kraftvollen Zuversicht ist nicht nur bei den Bischöfen und im Klerus anzutreffen; auch die zahlenmäßig kleine Schar von engagierten und ausharrenden Laien zeigt keine Panik oder Furcht. Bischöfe, Ordinariate und Priester sind sehr darauf bedacht, den Behörden keinerlei Argumente zu liefern, mit denen ein Vorgehen gegen kirchliche Einrichtungen und Veranstaltungen auch nur den Schein einer Rechtfertigung erhielte. Diese Vorsicht geht so weit, daß bisweilen sogar Hilfeleistungen aus dem Ausland äußerst be-

dachtsam erörtert werden. Hier dürfte sich ein Artikel im Parteiorgan der KPČ („Rudé Právo“, 28. 3. 70) auswirken, der fast wollüstig die Tatsache ausschaltete, daß eine heimatvertriebene Familie aus Warnsdorf (Nordböhmen) für ihre ehemalige Pfarrkirche ein fünfgliedriges Geläute gestiftet hat, das dann sogar unter Mitwirkung des städtischen Ortsausschusses (Stadtrates) in einem feierlichen Akt durch den Bischof von Leitmeritz die kirchliche Weihe erhielt, und das am 20. April 1968 — an „Führers Geburtstag“, wie betont vermerkt wird. Sonst aber drängt sich dem Beobachter jenes Bild auf, das in den ersten Tagen nach der Besetzung im August 1968 in den Prager Straßen immer wieder zu sehen war und das sich jetzt in analoger Weise wiederholt: Damals wagte man sich furchtlos an die sowjetischen Panzer heran, stellte die russischen Soldaten in der Diskussion — heute werden die Eingriffe in das kirchliche Leben, soweit sie bekannt werden, von Klerus und Kirchenvolk mit gleicher Ruhe hingenommen.

Während der letzten Monate stand die *Entwicklung in der Slowakei im Vordergrund des Interesses in den westlichen Publikationen* (vgl. auch Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 304). Dabei wurden im allgemeinen zwei entscheidende

Tatsachen zu wenig gewürdigt: daß in den sieben Jurisdiktionsbezirken der Slowakei ein einziger Bischof amtiert, der über 80 Jahre alte Apostolische Administrator von Roznava, *R. Pobožný*, und daß es dort während des Prager Frühlings nicht gelungen war, alle führenden Männer der Friedensbewegung aus ihren Ämtern auszuschalten. Die *Entfernung der Ordensschwestern aus ihren pastoralen und kirchlich-caritativen Arbeiten* ist bekannt; ebenso ihr Appell an den Staatspräsidenten und an das Volk selbst. Sie mußten wiederum „hinter Gitter“, wie sie selbst die geschlossenen Anstalten der staatlichen Fürsorge nennen, wo sie zumeist die Menschen betreuen, für die der kommunistische Staat nur schwer Pflegepersonal erhält. In diesen geschlossenen Anstalten ist aber auch ihr Ordensleben sehr stark gehemmt. An die Errichtung eigener Klöster oder Niederlassungen ist nicht zu denken. Selbst dort, wo Ordensschwestern durch ihrer Hände Arbeit sich das tägliche Brot verdienen und eine Wohnung gemeinsam gemietet hatten, durften sie nicht bleiben. Die Verurteilung eines slowakischen Geistlichen zu einer längeren Kerkerstrafe vor mehreren Monaten wurde im Ausland anfangs nicht ganz richtig gesehen; die Hintergründe sind anderer Natur, wenn auch eine Verbindung mit der slowakischen Emigration in Italien, dem „roten Tuch“ der slowakischen Kommunisten, eine entscheidende Rolle gespielt haben mag. In diesem Zusammenhang muß auch die Aktion des slowakischen Bischofs *P. Hnilica SJ* in Rom, die unter dem Motto „pro fratribus“ läuft, als bedenklich und höchst unklug erscheinen, weil sie die Hilfsaktionen wie die der Caritas Internationalis gefährden könnte.

#### *Unterschiede zwischen Tschechei und Slowakei*

Wenn nun die *Situation der Kirche in der ČSSR, also in Böhmen und Mähren*, überblickt wird, so könnte leicht der Anschein erweckt werden, als ob hier die Situation eine andere, bessere sei. Es kann jedoch nicht übersehen werden, daß auch in den böhmisch-mährischen Diözesen die Kirche starken Pressionen ausgesetzt ist. Ein Unterschied zur Slowakei besteht jedoch. Während dort alle Maßnahmen vom zuständigen Minister und seinem Kirchensekretariat ausgehen, ist man in Prag klüger. Der 1969 wieder in sein Amt zurückgekehrte Leiter des Kirchensekretariates, *K. Hruza*, hatte bei seiner zweiten Amtsübernahme wohl den Bischöfen versichert, es werde zu keiner Unterdrückung der Kirche kommen. Dennoch war von allem Anfang an die Frage begründet: *Wird es auch auf der kirchenpolitischen Ebene zu einer vollständigen Rückkehr zu den Methoden der Zeit vor dem Prager Frühling kommen?* Insbesondere muß diese Frage beängstigen, wenn die Stellungnahme des Apostolischen Administrators von Prag, Bischof *F. Tomášek*, zum Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in Betracht gezogen wird, so etwa der Aufruf, den er am 1. September 1968 an alle Gläubigen während des Gottesdienstes verlesen ließ. Bisher wird ihm jedoch ein guter Kontakt zu *Hruza* nachgesagt. Und es muß zugegeben werden, daß dieser einflußreiche, wenn auch von höheren Stellen abhängige, glatte und kluge Funktionär der KP im Kirchensekretariat nach außen hin selbst noch nicht durch antikirchliche Maßnahmen in Erscheinung getreten ist. Das darf jedoch nicht zur Illusion führen, daß die Führung der KPČ und des Prager Kirchensekretariates im tschechischen Föderativ-Staat der Kirche gegenüber anders ein-

gestellt ist als die Führer der slowakischen Kommunisten und das Kirchensekretariat in Preßburg.

Während *Hruza* freundlich-unverbindlich die Bereitschaft der Regierung hervorhebt, mit dem Hl. Stuhl die schon lange angesagten Verhandlungen aufzunehmen und auch mit den führenden Männern der Kirche im Lande selbst im Gespräch bleiben zu wollen, um alle kirchenpolitischen und kirchlichen Angelegenheiten in zufriedenstellender Weise zu ordnen, übernehmen die ihm unterstellten Kirchensekretäre im Lande die Aufgabe, das kirchliche Leben zu drosseln. Sie verbieten Exerzitien für Laien, verweigern die Genehmigung zur Abhaltung von Ehevorbereitungskursen, auf denen nur Laien sprechen, ein Arzt, ein Psychologe und ein Jurist. Die gutbesuchten fortlaufenden Vorträge über Fragen der Theologie („Lebendige Theologie“) sind verboten. In Budweis mußte ein Vortrag über ein Thema der thomistischen Philosophie abgesagt werden, ebenso in Brünn. Und auch die katechetischen Fortbildungstage, zu denen selbst aus der Slowakei Teilnehmer über das Wochenende bis nach Prag gekommen waren, weil in der Slowakei dafür nichts geboten wird, sind bereits gefährdet, wenn nicht sogar schon in den letzten Tagen verboten. Auch die Geistlichen sind in der Ausübung ihres Amtes behindert. Man behindert sogar Gottesdienste an jenen Orten, in denen ein Seelsorger mit Zustimmung der Regierung angestellt ist. Will ein Geistlicher in einer Nachbarpfarrei einen Gottesdienst halten oder auch nur ein Begräbnis, bedarf er ausdrücklicher Erlaubnis. Manchen Ordenspriestern und Geistlichen im Ruhestand wird die Ausübung des geistlichen Amtes verboten. Die Kirchensekretäre bemühen sich auch jetzt bereits in manchen Gemeinden, die Teilnahme am Religionsunterricht rückgängig zu machen.

#### *Drosselung des Nachwuchses*

Ebenso still, aber noch folgenschwerer wirkt sich dieser unheimliche Druck auf die Kirche Böhmens und Mährens durch einen neuerlichen Eingriff des kommunistischen Staates in das kirchliche Leben aus: Er hat wiederum, wie in den schlimmsten Zeiten unter *Novotný*, seine Hand auf die Priesterseminare des Landes gelegt. Das kaum wiedererrichtete Priesterseminar in Olmütz (Mähren) und die dort gleichfalls eingerichtete theologische Lehranstalt, beide als Filiale von Seminar und Fakultät in Leitmeritz konzipiert, haben ihr Todesurteil bereits erhalten: Neuaufnahmen sind verboten. Damit ist diese so dringend benötigte Einrichtung nach drei Jahren bereits wieder liquidiert, und Leitmeritz ist schon für die Diözesen Böhmens zu klein. Der Befehl zur Liquidierung von Olmütz kam, als der Ausbau des Dachgeschosses im Ordinariat mühsam und mit großen finanziellen Opfern fast beendet war. In Leitmeritz hatten sich bis Ende Juni 60 Aspiranten um Aufnahme in das Priesterseminar beworben, doch bereits im April hat der zuständige Kirchensekretär das Ordinariat aufmerksam gemacht, daß alle Ansuchen um Neuaufnahme in das Priesterseminar nur gemeinsam mit ihm zu entscheiden seien. Bis jetzt (Ende Juli) ist nicht bekannt, wieviel und wer die Genehmigung zum Beginn des Theologiestudiums erhalten werden, doch läßt eine Verfügung in der Slowakei wenig Hoffnung auf eine freie Entscheidung in dieser rein kirchlichen Angelegenheit. In Preßburg wurde, gleichfalls im April, wiederum der *Numerus clausus* für die Neuaufnahmen in das Priesterseminar eingeführt: Er wurde für Preßburg auf 27

bis höchstens 30 beschränkt. Erschwerend und unmenschlich ist diese Verfügung für Preßburg dadurch, daß die Externisten keine Abschlußexamina ablegen dürfen. Dabei handelt es sich bei den davon Betroffenen um eine Anzahl griechisch-katholischer junger Familienväter, die neben ihrem Studium der Theologie als Arbeiter für ihre Familien sorgten; einige von ihnen standen am Schluß dieses Schuljahres vor dem Abschluß ihres Studiums, das sie jetzt nicht beenden durften. In Preßburg hat das Kirchensekretariat auch die Weihe zweier Theologen verhindert, die im Jahre 1968 das Studium der Theologie wiederum aufgenommen hatten. Das Verbot der Weihe aller Externisten trifft insbesondere die griechisch-katholischen Gemeinden der Ostslowakei sehr hart; für ihre Theologen gibt es in der ganzen ČSSR kein Priesterseminar (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 565 ff.). Dazu kommt noch eine andere Verfügung: *Niemand, der eine Berufsausbildung abgeschlossen hat, darf mit dem Theologiestudium beginnen.* Die Begründung wirft ein Licht auf die sattsam bekannte Taktik. Ein in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung plausibler Grund wird mit dem Hinweis angeführt, daß jede Berufsausbildung vom „Volk“ ermöglicht und finanziert wurde und daß jetzt auch diesem Volk eine Schuld durch die Berufsausübung abzutragen ist, wobei jedoch unerwähnt bleibt, daß die Partei selbst vorher so manchem jungen Mann die freie Berufswahl verwehrt hat. Das trifft jene unmenschlich hart, denen vor 1968 aus ideologischen Gründen der Weg zur Theologie verwehrt worden war; sie haben dann einen anderen Beruf erlernt und auf eine Gelegenheit gewartet, die Aufnahme in ein Priesterseminar zugestanden zu erhalten. Es gibt Fälle, in denen ein junger Mann sich freiwillig in die nordböhmischen Kohlengruben zur Arbeit gemeldet hat, um so die Aufnahme in das Priesterseminar sich zu „verdienen“. Und auch dieser Weg wird ihm durch die neueste Verfügung verbaut.

Die Ordinariate werden dann, wie früher, auch noch die Aufgabe erhalten, den abgewiesenen Bewerbern Mitteilung davon zu machen. Es ist aber zu hoffen, daß wenigstens jetzt kein Theologie-Professor der Fakultät in Leitmeritz im westlichen Ausland zu erklären den Mut hat, die Aufnahmen in das Priesterseminar würden nicht behindern, und die Ablehnung erfolgte stets nur aus innerkirchlichen Gründen.

Dabei muß immer wieder vermerkt werden, welche große persönliche Opfer diese Männer auf sich nehmen, um ihr Berufsziel zu erreichen. Der Beobachter, dem Sinnen und Denken, Forderungen und Erwartungen etwa westdeutscher Priesterkandidaten näher bekannt sind, glaubt sich in eine andere Welt versetzt, wenn er Vergleiche anstellt. Dieser Unterschied kommt noch mehr zur Geltung, wenn man bedenkt, daß so mancher unter den Alumnus drüben einen gut bezahlten Beruf, sogar die Stellung eines akademisch ausgebildeten Angestellten im öffentlichen Dienst aufgegeben hat, um jetzt noch den Weg zum Priestertum zu wählen. Aufschlußreich ist folgende Zusammenstellung: Unter den 21 Neupriestern, die im Juni 1970 in der Slowakei geweiht wurden — es sind alle Alumnus des Preßburger Priesterseminars —, sind 12 zwischen 1922 und 1938 geboren, davon einer im Jahre 1938 und 11 in den Jahren 1922 bis 1929. Dem Geburtsjahrgang 1947 gehören 5 und den Geburtsjahrgängen 1943 bis 1946 je einer an.

## *Methoden und Schwerpunkte staatlichen Zwangs*

*Bezeichnend ist aber auch die Art und Weise, wie all diese Maßnahmen gegen die Kirche in Prag durchgeführt werden.* Regierung und Parteiführung sind peinlich darauf bedacht, ihre Maßnahmen vor der Öffentlichkeit und insbesondere vor dem Ausland zu verheimlichen. Alle Eingriffe in das kirchliche Leben während der letzten Zeit wurden den Betroffenen nur mündlich eröffnet und mit der Auflage verbunden, nichts dagegen zu unternehmen; die zugesagte schriftliche Mitteilung blieb bisher immer — soweit bekannt geworden ist — aus. Dies war so bei dem Verbot jeglicher Tätigkeit für die Ordensschwester in der Slowakei. Ein eklatantes Beispiel jedoch spielte sich in Prag ab. Der Bischof von Brünn, K. Skoupy, der Kapitellvikar von Olmütz und der Administrator des Teschener Gebietes wurden nach Prag in das Kirchensekretariat bestellt, wo ihnen Hruza die Entscheidung über das Priesterseminar in Olmütz mitteilte und jede Veröffentlichung dieser Verfügung und irgendeiner Aktion dagegen einfach verbot, um nach dieser kurzen Eröffnung seine Besucher zu entlassen.

Die allergrößten Befürchtungen hegt man in Prag hinsichtlich des *Religionsunterrichtes* im Herbst 1970. Dabei drängen sich zwei Fragen auf: Wird es den Seelsorgern weiterhin gestattet bleiben, Kindern und Jugendlichen eine religiöse Unterweisung außerhalb der Schule in kircheneigenen Räumen zu erteilen? Und wo werden im Herbst dieses Jahres die Kinder für einen Religionsunterricht innerhalb der Schule, falls er geduldet bleibt, anzumelden sein? Wiederum beim Schuldirektor, so daß die Eltern durch Beratung und Drohung abgehalten werden können und sollen, sich für eine religiöse Unterweisung ihrer Kinder zu entscheiden? Die Eltern dürften dann wiederum in großer Zahl aus Angst vor der eigenen und ihrer Kinder Zukunft die Anmeldung unterlassen. Weithin bleibt dann auch die Einstellung der Lehrer zum Religionsunterricht offen. Ein offener Brief katholischer Geistlicher und Religionslehrer, der im vergangenen Jahr bereits veröffentlicht worden ist, macht die besondere Brisanz dieser Frage deutlich. Andererseits jedoch rügte das Parteiorgan der KPČ („Rudé Právo“, 28. 3. 70) am „Tag des Lehrers“, daß die Haltung mancher Lehrer nicht immer von einer sozialistischen Gesinnung erfüllt erscheine. Die sozialistische Gesellschaft habe das Recht, von den Erziehern eine Änderung ihres Selbstbewußtseins und ihrer Einstellung zu fordern. Es bleibt abzuwarten, ob damit auch wiederum eine religionsfeindliche Beeinflussung der Kinder durch die Lehrer amtlich gefordert und kontrolliert wird.

Schwierig wird die Entwicklung im katholischen Pressewesen. Die *Papierzuteilung* für die *Katholické Noviny* wurde im Frühjahr 1970 sehr stark gedrosselt, auf 40% des Umfangs des Jahres 1967. Auf einen Vorstoß der Bischöfe hin wurde die Papiermenge wohl erhöht, dafür aber die Papierzuteilung für andere kirchliche Publikationen eingeschränkt. Dabei klagen die Druckereien keineswegs über Papiermangel, sie könnten die bisherige Auflage ohne Schwierigkeiten weiterhin liefern. Für die allernächste Zeit fürchtet man auch für die Weiterexistenz der Theologischen Revue „VIA“, die von einigen jungen Theologen herausgegeben wird und die den unrühmlichen „Geistlichen Hirten“ ersetzt hat. Es ist zu fürchten, daß Männer der alten „Friedensbewegung“ mit Hilfe des Kirchensekretariates die Redaktion dieser Zeitschrift an sich

ziehen und diese wiederum ihren Zielen dienstbar machen. Es scheint überhaupt so, daß das Kirchensekretariat daran interessiert ist, führende Theologen aus ihren Positionen zu verdrängen, soweit sie nicht ihren Erwartungen entsprechen. So sollte es nicht überraschen, wenn zu Beginn des neuen akademischen Jahres im Herbst 1970 der eine oder andere der jungen Dozenten von der Fakultät in Leitmeritz entfernt würde, um irgendwohin auf eine abgelegene Pfarrei des Grenzgebietes abgeschoben zu werden. In diesem Zusammenhang ist auch interessant, daß der Apostolische Administrator von Königgrätz, Bischof K. Očenašek, nicht die Erlaubnis erhielt, nach Rom zu fahren.

### *Wo sind die Triebkräfte?*

*Nicht ersichtlich ist, wo eigentlich die treibende Kraft für den kirchenpolitischen Kurswechsel zu suchen ist. Niemand vertritt die Meinung, daß dafür einzelne Direktiven direkt aus Moskau kommen. Dies um so weniger, weil man in Prag ein Bemühen Moskaus zu erkennen glaubte, und zwar aus internationalen Erwägungen, mit der katholischen Kirche keine spektakulären Auseinandersetzungen zu führen. Und das ZK in Prag dürfte mit den innenpolitischen Sorgen genug zu tun haben, zu denen in letzter Zeit die Schwierigkeiten beim Umtausch der Parteibücher hinzugekommen sind, da — so will man in Prag wissen — nicht wenige Parteimitglieder auf die Ausstellung eines neuen Parteibuches verzichten. Die fast täglichen Beiträge im Rundfunk und in der Presse während der ersten Wochen nach Beginn der Umtauschaktion gaben diesen Aussagen eine gewisse Berechtigung. So erhielt die Meinung Glaubwürdigkeit, daß das ZK der KPČ diesem Unternehmen von Anfang an zögernd gegenüberstand, sich dann jedoch dem Wunsch Moskaus gehorsam zeigen wollte. Was aber dann, sobald auch hier die „Konsolidierung“ erreicht ist, was nun der Fall zu sein scheint? Geht es in den nächsten Monaten noch schärfer gegen die Kirche los? Es ist auch die Frage offen, ob nicht der ehemalige Gesundheitsminister Plojhar und sein kleiner Anhang, wenigstens indirekt, die Rückkehr zu dem schärferen kirchenpolitischen Kurs begünstigen, indem sie ihre eigene verlorene Position und damit die alles beherrschende Stellung des Kirchensekretariates zurückerobern wollen. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang der Besuch des Prager Exministers und des 1969 ebenfalls abgesetzten Caritas-Direktors in Moskau im Herbst 1969 (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 152). Minister Plojhar wußte nach seiner Rückkehr zu berichten, daß die sowjetische Bruderpartei ihre Unzufriedenheit mit der Entwicklung auf kirchenpolitischem Gebiet in der ČSSR geäußert habe. Dieser von Plojhar propagierten Ansicht widersprach dann aber ein einflußreicher Prager Politiker nach seinem eigenen Besuch in Moskau. In Prag ist man sich jedenfalls einig darüber, daß auch die kirchliche Situation in ihren grundsätzlichen Linien weithin von der Einstellung Moskaus abhängen wird.*

Mit großer Spannung verfolgen kirchliche Kreise in Prag die im Frühjahr 1970 eingesetzten *Versuche, die 1968 aufgehobene Friedensbewegung katholischer Geistlicher zu neuem Leben zu erwecken*. Tatsächlich wurden vom Kirchensekretariat in Prag Einladungen an Geistliche zu einer Besprechung darüber versandt. Es ist nicht bekannt, wer im einzelnen und wie viele Priester an dieser Besprechung teilgenommen haben. Aus der ganzen Diözese Leit-

meritz fand sich kein einziger dazu bereit, in Brünn war ein Priester von seinem Bischof ausdrücklich zur Teilnahme aufgefordert worden. Die dort versammelten Priester haben sich nicht grundsätzlich gegen eine Erneuerung dieser Friedensbewegung ausgesprochen, erklärten jedoch ausdrücklich und unmißverständlich, daß diese auf keinen Fall gegen die Bischöfe und auch nicht ohne sie wieder gegründet werden dürfe. Für die Leitung ist ein Kaplan aus Prag vorgesehen, doch ist man sich darüber einig, daß die eigentlichen Initiatoren und Hauptakteure wiederum Plojhar und Beneš werden sollen; der frühere Caritas-Direktor Mára wird in diesem Zusammenhang nicht mehr genannt, doch dürfte er, falls es zur Neuerrichtung der Friedensbewegung kommt, früher oder später in ihr eine führende Rolle übernehmen.

Die Vereinigung will sich den Namen geben: *Pacem in terris*. Die Statuten sind bereits ausgearbeitet. Sie beabsichtigt in § 1 der Statuten, sich beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in ihrem Lande und für Frieden und Freundschaft unter den Völkern zu engagieren. Ihr Gedankengut (§ 2) entnimmt sie den letzten päpstlichen Dokumenten und dem Zweiten Vatikanischen Konzil. Damit will die neue Vereinigung den Geistlichen helfen, ihre kirchliche und bürgerliche Sendung in einem sozialistischen Staat zu begreifen (§ 4). Sie betont die Treue zu Kirche, Papst und Bischöfen (§ 17), aber auch zu den „Ordinarien“, wobei die Frage gestellt werden darf, ob darunter auch solche allein vom Staat und gegen alles Kirchenrecht eingesetzten Männer zu verstehen sind. Sie will alles meiden, was „von unserer Seite vielleicht die Bemühungen um ein gutes Verhältnis zum Heiligen Stuhl stören könnte“ (§ 17), verspricht auch, die örtliche kirchliche Autorität zu respektieren und sich nicht in ihre Jurisdiktion einzumischen. Sie bietet der kirchlichen Hierarchie eine offene Diskussion, ihre Mitarbeit und Unterstützung an, erstrebt jedoch auch eine Verbindung mit der Bischofskonferenz und in besonderer Weise mit ihrem Vorsitzenden. Die Männer, die hinter diesen Bemühungen um eine Neuerrichtung der früheren Friedensbewegung stehen, bilden nur eine kleine Gruppe. In Prag ist man der Meinung: Wenn die Bischöfe fest bleiben, komme es entweder nicht zur Gründung, oder die Bewegung bleibt auf eine ganz kleine Anzahl von Geistlichen beschränkt, wie in der DDR. In allerletzter Zeit haben die Bischöfe dem zuständigen Minister für Kultur und Informationen ein ziemlich festes Memorandum überreicht, aber ihre Kräfte scheinen nicht auszureichen, um der kirchenpolitischen Situation im Lande gerecht zu werden, noch weniger um die 1968 aufgenommene Zielsetzung weiter verwirklichen zu können.

### *Die Substanz gefährdet*

Für die *innerkirchliche Situation* ist auch die Tatsache aufschlußreich, daß an einer gesamtstaatlichen Bischofskonferenz Mitte März 1970 kein Vertreter aus der Slowakei teilgenommen hat. Wohl hat das Preßburger Kirchensekretariat die Teilnahme der Slowaken verhindert, und zwar mit der Begründung, daß doch die Slowakei nun ein eigener, selbständiger Föderativ-Staat der ČSSR sei und daher auch eine eigene, nur slowakische Bischofskonferenz geduldet werden könne, doch wurde die Meinung geäußert, daß selbst von kirchlicher Seite der Slowakei kein Interesse an einer Teilnahme bestand. Es ist doch bezeichnend für die Situation im Klerus der Slowakei,

daß dort nicht wenige Geistliche kirchlich einen engeren Anschluß an Böhmen und Mähren wünschen, um nicht führerlos zu bleiben.

Wenn man aber insbesondere auf die religiöse Situation in Böhmen und Mähren blickt, so muß festgestellt werden, daß sich diese ja auch im Prager Frühling nicht ändern konnte und jetzt nach einer fast euphorischen und im Grunde so illusionsreichen, allzu hoffnungsvollen Erwartung in ihrer rauhen Wirklichkeit sichtbar zeigt, insbesondere in Böhmen und da vor allem im Grenzgebiet: Daß wohl die katholische Kirche innerhalb des tschechischen Volkes an Ansehen und Glaubwürdigkeit gewonnen hat, daß auch eine religiöse Substanz bei so manchem zum Durchbruch gekommen war; doch zeigt es sich heute deutlicher als noch vor einem Jahr, daß das religiöse und insbesondere das kirchliche Leben unter der Landbevölkerung Böhmens in der Vergangenheit weithin abgestor-

ben ist, wenigstens in einem Teil der Gemeinden, insbesondere des Grenzgebietes. „Dort haben wir Pagani“, so urteilt ein Kenner der Situation, dem nicht widersprochen werden kann, wenn an die kleinen Gemeinden gedacht wird, vor allem in Böhmen, in denen nur selten Gottesdienst gehalten werden kann. Besser scheint es in Mähren zu sein. So sah sich der Bischof von Brünn veranlaßt, bei den Firmungen in den einzelnen Gemeinden nur Firmlinge zuzulassen, die wenigstens 15 Jahre alt sind; die Anzahl wäre sonst zu groß geworden.

In Prag ist übrigens auch die Rede davon, daß die gesamte Bearbeitung kirchlicher und kirchenpolitischer Fragen in einem einzigen Amt der gesamten Tschechoslowakei zusammengefaßt werden soll, dessen Leiter der Vorstand des derzeitigen Prager Kirchensekretariates K. Hruza werden soll. Eine solche Straffung läßt weiterhin wenig Gutes ahnen.

## Dokumentation

### *Die Rede des Kardinals Willebrands vor dem Lutherischen Weltbund*

*Kardinal J. Willebrands, der Präsident des römischen Einheitssekretariats, hat als amtlicher Vertreter Roms am ersten Verhandlungstag der Tagung des Lutherischen Weltbundes in Evian (vgl. ds Hef, S. 404) im Rahmen eines ökumenischen Abends eine vielbeachtete Rede gehalten. Der Kardinal behandelte vier Punkte: 1. die den Kirchen gemeinsame Weltsendung als Mitsorge für die Welt und zugleich als ihr Gewissen; 2. die bisherigen Dialogbemühungen zwischen den Lutheranern und der katholischen Kirche; 3. die Persönlichkeit und Theologie Luthers im heutigen Urteil der Kirchen; 4. die nächsten möglichen gemeinsamen Schritte auf eine größere Gemeinschaft hin. Die Rede des Kardinals, die trotz der gebotenen Zurückhaltung in der Rolle des offiziellen Gastes eindringlich und konkret war, demonstriert glaubhaft, wie heute Christen verschiedener Bekenntnisse und Kirchen zueinander reden und reden können. Als ökumenisches Zeitdokument hat die Rede über den unmittelbaren Anlaß hinaus Bedeutung. Wir drucken sie hier im Wortlaut ab. Es handelt sich um die Wiedergabe des deutschen Originaltextes nach einer Bandaufnahme, die vom LWB zur Verfügung gestellt wurde. Einzelne stilistische Unebenheiten wurden geglättet. Die Zwischenüberschriften stammen von der Redaktion, die Hervorhebungen ebenfalls.*

Es ist mir eine große Ehre und eine große Freude zugleich, an dieser hochbedeutsamen Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes teilnehmen und mit meinem Referat einen Beitrag liefern zu können. Meine Freude ist um so größer, als es mir vergönnt war, bei den Kontakten der römisch-katholischen Kirche mit dem Lutherischen Weltbund von Anfang an dabei zusein, so daß mir der lutherisch-katholische Dialog gewissermaßen ans Herz gewachsen ist.

Meine Freude gründet aber nicht bloß, ja, nicht hauptsächlich in persönlichen Motiven. Heute ist es selbstverständlich geworden, daß es einer Kirche nicht gleichgültig sein kann, was in der anderen geschieht. Daher ist auch die gegenseitige Gegenwart von Beobachtern bei unseren Veranstaltungen zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Das hat aber der Leitung Ihres Bundes nicht genügt. Sie hat ein noch bedeutsameres Zeichen ihres ökumenischen Geistes gesetzt, indem sie den Präsidenten des Sekretariats für die Einheit der Christen, als den Vertreter der ökumenischen Arbeit der katholischen Kirche, einlud, ein Referat zu halten. Diese Einladung zeigt, wie weit unser Dialog in den wenigen Jahren seit dem II. Vatikanischen Konzil ge-

diehen ist. Daher möchte ich, auch im Namen des Heiligen Vaters, für diese ökumenische Geste von ganzem Herzen danken.

Das II. Vatikanische Konzil hat das Streben aller Christen nach einer einzigen sichtbaren Kirche engstens mit der Sendung der Kirche in die Welt verbunden. Schon in der Einführung zum Dekret über den Ökumenismus finden wir eine Formulierung, die mit dem von Ihnen gewählten Leitgedanken dieser Vollversammlung fast identisch ist. Es wird dort von der Kirche gesagt, daß sie: „ad mundum universum missa“, „zu der ganzen Welt gesandt“ ist, und damit sie diese Sendung erfüllen könne, soll sie eben in sich eins sein.

Um zum Thema zu kommen: Ich darf wohl annehmen, daß Sie heute von mir nichts anderes erwarten, als daß ich aus der Sicht der römisch-katholischen Kirche einige Gedanken zum Gesamthema Ihrer Versammlung vorlege. Ich möchte es in aller Schlichtheit und im Sinne der bekannten Worte Pauli im Römerbrief tun: es geht mir darum, auf diese Weise uns gegenseitig „aufzurichten durch den gemeinsamen Glauben, den euren und den meinen“ (Röm. 1, 12). Selbstverständlich werden solche aus dem Glauben geschöpfte Überlegungen indirekt auch ein Licht auf unsere gegenseitigen Beziehungen und den zwischen uns sich immer fruchtbarer entwickelnden Dialog werfen.

#### *Welt und Glaube*

*Die Glaubenstatsache, daß die Kirche in die Welt gesandt ist, ist für uns gewiß selbstverständlich. Man kann sich hier nie genug das Verhalten Gottes zu den Menschen selbst vor Augen führen, der die Welt so sehr geliebt hat, daß er für sie „seinen eingeborenen Sohn hingegeben hat“ (Jo. 3, 16). Es kommt hinzu, daß Gott, nachdem er „durch Christus uns mit sich versöhnt hat“, der Kirche „den Dienst der Versöhnung übertragen hat“ (2 Kor. 5, 18). Auf der Kirche, d. h. auf uns allen, liegt somit eine große und schwere Verantwortung für die Welt. Die Kirche muß im umfassendsten und tiefsten Sinne mit der Welt solidarisch sein. Diese Solidarität ist in der Pastorkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils über die Kirche in der Welt von heute wiederholt beteuert worden: „Es gibt nichts wahrhaft Menschliches, das nicht in den Herzen der Jünger Christi seinen Widerhall fände... Die Gemeinschaft der Jünger Christi erfährt sich mit der Menschheit und ihrer Geschichte wirklich engstens verbunden.“*